

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Stadtrat führte seine konstituierende. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 02.07.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal, von 18:00 Uhr bis 22:03 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dagmar Zoschke

Mitglied

Dr. Holger Welsch
Dr. Horst Sendner
Petra Wust
Christa Blath
Mirko Claus
Uwe Denkewitz
Doreen Garbotz-Chiahi
Klaus-Ari Gatter
Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Dr. Joachim Gülland
Gerhard Hamerla
Günter Herder
Dr. Siegfried Horn
Klaus-Dieter Kohlmann
André Krillwitz
Uwe Kröber
Sandor Kulman
Detlef Pasbrig
Hans-Jürgen Präßler
Hans-Christian Quilitzsch
Dr. Werner Rauball
Gudrun Rauball
Dieter Riedel
Hendrik Rohde
Daniel Roi
Marko Roye
Horst Rüger
Martina Römer
Armin Schenk
Joachim Schunke
Enrico Stammer
Günter Sturm
Jens Tetzlaff
Horst Tischer
Christel Vogel

René Vollmann
Peter Ziehm
Frank Zimmermann

Mitarbeiter der Verwaltung

Frau Annett Kubisch, FBL Personal/Recht
Herr Rolf Hülßner, GBL Finanz- und Ordnungswesen
Herr Joachim Teichmann, GBL Haupt- und
Sozialverwaltung
Herr Stefan Hermann GBL Stadtentwicklung und
Bauwesen

abwesend:

Mitglied

Ingo Jung
Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 02.07.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit durch die Oberbürgermeisterin	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Übertragung der Sitzungsleitung an das an Jahren älteste ehrenamtliche Mitglied des Stadtrates	
4	Verpflichtung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch das an Jahren älteste Mitglied des Stadtrates	
5	Wahl der/des Vorsitzenden des Stadtrates	
6	Verpflichtung des an Jahren ältesten Mitgliedes des Stadtrates durch den Vorsitzenden des Stadtrates	
7	Mitteilung des Vorsitzenden des Stadtrates über die gebildeten Fraktionen und deren Vorsitzende	
8	Abstimmung über die Sitzordnung der Mitglieder des Stadtrates	
9	Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Stadtrat Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 094-2014
10	Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen zu den Ortschaftsräten der Ortschaften Bitterfeld, Bobbau, Greppin, Holzweißig, Rödgen, Thalheim und Wolfen.	Beschlussantrag 095-2014
11	Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 097-2014
12	Wahl des/der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden und des/der Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates	
13	Verteilung der Vorsitze der Ausschüsse, die gemäß Hauptsatzungsregelung nach d'Hondt zu verteilen sind	
14	Benennung der Ausschussmitglieder auf Vorschlag der Fraktionen	
15	Berufung sachkundiger Einwohner in beratende Ausschüsse als Mitglieder mit beratender Stimme	
16	Benennung von Vertretern der Stadt in Unternehmen mit städtischer Beteiligung und in Zweckverbände	
17	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
18	Einwohnerfragestunde	
19	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit durch die Oberbürgermeisterin</p> <p>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust, eröffnet die konstituierende Sitzung des Stadtrates und begrüßt alle Stadträte, die Mitarbeiter der Verwaltung, die anwesenden Einwohner der Stadt, die Vertreter der Presse und alle Gäste. Sie gratuliert noch einmal allen Stadträten zu ihrer Wahl und wünscht ihnen alles Gute für die Legislaturperiode. Sie würde sich über eine künftige gute Zusammenarbeit freuen.</p> <p>Die OB fragt, ob es Einwände gegen die ordnungsgemäße Einladung gibt. Das ist nicht der Fall. Nachfolgend stellt sie die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Sie teilt mit, dass um 18:00 Uhr 38 Stadträte und sie als stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die OB teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte 11 und 12, BA 102-2014 (Geschäftsordnung) und BA 097-2014 (Hauptsatzung) von der Tagesordnung nimmt, da die Zeit zu knapp bemessen war, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Die Fraktionsvorsitzenden und die Verwaltung sollten sich in einer Arbeitsgruppe zusammenfinden, um eine rechtskonforme Geschäftsordnung und Hauptsatzung gemeinsam zu erarbeiten und in den Stadtrat zur Beschlussfassung einzubringen. Sie schlägt zunächst vor, am Dienstag, dem 08.07.14, 18:00 Uhr, die erste Sitzung der Arbeitsgruppe durchzuführen.</p> <p>Stadtrat Krillwitz bemerkt, dass die Fraktion Pro Wolfen mitgehen könnte, wenn die Geschäftsordnung von der Tagesordnung genommen wird. Man ist allerdings der Meinung, dass heute die Hauptsatzung beschlossen werden sollte, damit die Gremien arbeitsfähig werden können. Die Fraktion tritt daher als Einreicher für den BA 097-2014 ein, damit der BA auf der Tagesordnung belassen bzw. heute behandelt wird.</p> <p>Die OB bemerkt, dass die alte Hauptsatzung selbstverständlich vorerst weiter gelten würde, nach der die Ausschüsse besetzt werden könnten.</p> <p>Stadtrat Schenk teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Behandlung der Hauptsatzung in der heutigen Sitzung ablehnt, da man entsprechende Unterlagen zu spät erhalten hat. Zum anderen liegt ein umfassender Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vor, der die Stadträte erst am Montag, dem 30.06. erreicht hat, so dass sicherlich nur wenige Stadträte sich damit intensiv auseinandersetzen konnten. Er sieht es als positiv an, dass selbst auch der Fraktionsvorsitzende DIE LINKE., Herr Herder, mitgehen könnte, wenn der BA 097-2014 vertagt wird, um diesen in den Gremien vorzubereiten. In der Hauptsatzung gibt es zudem Regelungen, die die Ortschaftsräte betreffen, d.h. u.a. wie die Anhörung zu organisieren ist und die Einwohnerversammlungen durchzuführen sind. Er hält es für dringend angeraten, dass solche Dinge in den Ortschaftsräten, insbesondere mit den Ortsbürgermeistern geklärt werden, um einvernehmlich eine Hauptsatzung beschließen zu können. Es mache s.E. keinen Sinn, heute etwas zu beschließen und dann möglicherweise gleich wieder Änderungen vorzunehmen. Aus diesem Grunde bittet er ausdrücklich darum, diesem Antrag der Fraktion Pro Wolfen, die Hauptsatzung heute zu beschließen, nicht zuzustimmen, sondern gemeinsam eine vernünftige sachgerechte</p>	<p>Ja 24 Nein 14 Enthaltung 1</p>

	<p>Beratung darüber durchzuführen.</p> <p>Stadtrat Gatter teilt die Meinung von Stadtrat Schenk ausdrücklich nicht. Er war vielmehr verwundert, dass man sich Zeit gelassen hatte. Der Landkreis war bereits Vorreiter im Hinblick auf das neue Kommunalverfassungsgesetz. Er plädiert dafür, zügig mit der Arbeit der Gremien zu beginnen und die Hauptsatzung heute auf der Tagesordnung zu belassen.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball bemerkt, dass neben der Tatsache, dass die Unterlagen nicht rechtzeitig vorgelegt wurden, noch das Problem besteht, dass die Gemeindeordnung nicht mehr existiert, auf deren Grundlage die bisherige Hauptsatzung beschlossen worden ist. Ab dem 01.07.14 gilt das neue Kommunalverfassungsgesetz, nach der eine neue Hauptsatzung erarbeitet werden muss. Er bittet alle Stadträte, heute gemeinsam diese Arbeit zu leisten, damit man die Verantwortung, die man mit der Wahl übernommen habe, auch ausüben könne.</p> <p>Stadtrat Herder macht deutlich, dass keine Abstimmung darüber stattfinden muss, wenn die Fraktion Pro Wolfen den BA übernimmt. Es wäre lediglich möglich, einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung zu stellen, wenn dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen worden ist. Die Fraktion ist im Übrigen darauf vorbereitet, Änderungsanträge hier zu erläutern und begründen zu können.</p> <p>Stadtrat Schenk vertritt die Meinung, dass die OB diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zurückgezogen hat und dieser daher nicht mehr existent ist. Sollte dies nicht korrekt sein, beantragt er hilfsweise, dass dieser von der Fraktion Pro Wolfen wieder auf die Tagesordnung aufgenommene TOP von der Tagesordnung gestrichen wird.</p> <p>Stadtrat Tischer weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 14 bis 17 aus seiner Sicht nicht nach der alten Hauptsatzung durchgeführt werden können. Ansonsten müssten diese Tagesordnungspunkte ebenfalls von der Tagesordnung genommen werden, worauf die OB bemerkt, dass die Ausschussbesetzung nach der alten Hauptsatzung erfolgen kann und dann geändert werden muss, wenn eine neue Hauptsatzung vorhanden ist. Die Arbeitsfähigkeit wäre damit für alle Gremien gewährleistet.</p> <p>Stadtrat Krillwitz beantragt sodann als Kompromiss, den BA 097-2014 auf der Tagesordnung zu belassen und darüber abzustimmen, ob dieser von der Tagesordnung heruntergenommen wird oder nicht.</p> <p>Die OB ruft schließlich zur Abstimmung darüber auf, ob der TOP 097-2014 auf der Tagesordnung verbleiben soll.</p> <p>Dies wird mit 24 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt. Damit verbleibt der BA 097-2014 auf der Tagesordnung. Die somit geänderte Tagesordnung wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich mit Änderungen beschlossen</p>	
<p>zu 3</p>	<p>Übertragung der Sitzungsleitung an das an Jahren älteste ehrenamtliche Mitglied des Stadtrates</p> <p>Die OB überträgt sodann die Leitung der konstituierenden Sitzung an das an Jahren älteste Stadtratsmitglied, Herrn Dr. Dr. Gueinzis. Er stellt zunächst die Frage, ob jemand unter den Stadträten ist, der vor dem 24.08.1935 geboren ist. Dies ist nicht der Fall. Insofern übernimmt er offiziell die Leitung der Sitzung. Er beglückwünscht zunächst alle Stadträte zur Annahme des Mandates und wünscht eine erfolgreiche Arbeit in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre sowie persönlich alles Gute.</p>	

zu 4	<p>Verpflichtung der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch das an Jahren älteste Mitglied des Stadtrates</p> <p>Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius bittet die Stadträte, sich von ihren Plätzen zu erheben. Er verpflichtet sie gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) und zitiert aus den §§ 32, 33 und 54 des Gesetzestextes. Die vorgenommene Verpflichtung ist hiermit aktenkundig gemacht.</p>																					
zu 5	<p>Wahl der/des Vorsitzenden des Stadtrates</p> <p>Stadtrat Dr. Dr. Gueinuzius verweist auf den § 56 Abs. 3 KVG LSA und gibt Hinweise zum Wahlprocedere. Er bittet sodann die Fraktionen, Stimmzähler zu benennen. Es werden folgende Stadträte gemeldet: Stadtrat Dr. Rauball, Stadtrat Pasbrig, Stadtrat Kröber, Stadtrat Sturm und Stadträtin Vogel. Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius bittet sodann um die Benennung von Kandidatenvorschlägen für die/den Stadtratsvorsitzende(n) aus den Fraktionen: Stadtrat Schenk schlägt Stadtrat Jens Tetzlaff vor. Stadtrat Herder benennt Stadträtin Dagmar Zoschke. Stadtrat Gatter schlägt Stadtrat Horst Tischer vor. Die benannten Kandidaten teilen mit, dass sie zur Kandidatur bereit sind. Da eine ganze Reihe neuer Stadträte im Stadtrat vertreten sind, bittet er die drei Kandidaten, sich kurz vorzustellen, was sie dann auch nacheinander tun. Es werden keine Fragen an die Kandidaten gestellt. Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius fragt die Stadträte, ob sich gegen eine offene Wahl Widerspruch regt. Stadtrat Rohde erhebt Widerspruch; somit wird eine geheime Wahl mit Stimmzetteln durchgeführt. Nach Durchführung des Wahlvorganges gibt Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius folgendes Ergebnis bekannt:</p> <table data-bbox="470 1332 1109 1512"><tr><td></td><td>gültige Stimmen: 39; ungültige Stimmen: 0</td></tr><tr><td></td><td>Es entfallen:</td></tr><tr><td></td><td>auf Stadträtin Dagmar Zoschke 15 Stimmen</td></tr><tr><td></td><td>auf Stadtrat Jens Tetzlaff 12 Stimmen</td></tr><tr><td>und</td><td>auf Stadtrat Horst Tischer 12 Stimmen</td></tr></table> <p>Da keiner der Kandidaten somit die erforderliche Mehrheit der Anwesenden erreichte, wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt. Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius gibt sodann folgendes Ergebnis des zweiten Wahlganges bekannt:</p> <table data-bbox="470 1702 1109 1881"><tr><td></td><td>gültige Stimmen: 38; ungültige Stimmen: 1</td></tr><tr><td></td><td>Es entfallen:</td></tr><tr><td></td><td>auf Stadträtin Dagmar Zoschke 21 Stimmen</td></tr><tr><td></td><td>auf Stadtrat Jens Tetzlaff 2 Stimmen</td></tr><tr><td></td><td>auf Stadtrat Horst Tischer 15 Stimmen</td></tr></table> <p>Stadträtin Dagmar Zoschke ist damit zur Stadtratsvorsitzenden gewählt. Sie teilt mit, dass sie die Wahl annimmt. Sie nimmt sodann den Platz im Präsidium ein. Stadträtin Zoschke bedankt sich bei all denen, die sie gewählt haben. Sie</p>		gültige Stimmen: 39; ungültige Stimmen: 0		Es entfallen:		auf Stadträtin Dagmar Zoschke 15 Stimmen		auf Stadtrat Jens Tetzlaff 12 Stimmen	und	auf Stadtrat Horst Tischer 12 Stimmen		gültige Stimmen: 38; ungültige Stimmen: 1		Es entfallen:		auf Stadträtin Dagmar Zoschke 21 Stimmen		auf Stadtrat Jens Tetzlaff 2 Stimmen		auf Stadtrat Horst Tischer 15 Stimmen	
	gültige Stimmen: 39; ungültige Stimmen: 0																					
	Es entfallen:																					
	auf Stadträtin Dagmar Zoschke 15 Stimmen																					
	auf Stadtrat Jens Tetzlaff 12 Stimmen																					
und	auf Stadtrat Horst Tischer 12 Stimmen																					
	gültige Stimmen: 38; ungültige Stimmen: 1																					
	Es entfallen:																					
	auf Stadträtin Dagmar Zoschke 21 Stimmen																					
	auf Stadtrat Jens Tetzlaff 2 Stimmen																					
	auf Stadtrat Horst Tischer 15 Stimmen																					

	<p>gibt das Versprechen, gemeinsam mit allen Stadträten viel zu tun, damit die Stadt weiter zusammenwächst und tatsächlich auch eine gemeinsame Stadt wird. Des Weiteren möchte sie dafür sorgen, dass der Stadtrat als Gremium in der Stadt Bitterfeld-Wolfen ein anderes Gewicht habe als bisher.</p>	
zu 6	<p>Verpflichtung des an Jahren ältesten Mitgliedes des Stadtrates durch den Vorsitzenden des Stadtrates</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende nimmt sodann die Verpflichtung von Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius auf die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten gem. Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vor und zitiert aus den §§ 32, 33 und 54 des Gesetzes. Hiermit gilt die Verpflichtung als aktenkundig.</p>	
zu 7	<p>Mitteilung des Vorsitzenden des Stadtrates über die gebildeten Fraktionen und deren Vorsitzende</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke, teilt mit, dass sich im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen folgende Fraktionen gebildet haben:</p> <ul style="list-style-type: none">- Fraktion CDU-Grüne-IFW Fraktionsvorsitzender: Stadtrat Armin Schenk Stellvertreter: Stadtrat Uwe Kröber- Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD Fraktionsvorsitzender: Stadtrat Klaus-Ari Gatter Stellvertreter: Stadtrat Detlef Pasbrig- Fraktion DIE LINKE. Fraktionsvorsitzender: Stadtrat Günter Herder Stellvertreter: Stadträtin Christa Blath Stadtrat Dr. Werner Rauball- Fraktion Pro Wolfen Fraktionsvorsitzender: Stadtrat André Krillwitz Stellvertreter: Stadtrat Dr. Dr. Egbert Gueinzius- Fraktion AfD Fraktionsvorsitzender: Stadtrat Daniel Roi Stellvertreter: Stadtrat René Vollmann Stadtrat Enrico Stammer	
zu 8	<p>Abstimmung über die Sitzordnung der Mitglieder des Stadtrates</p> <p>Stadtrat Schenk spricht sich zunächst im Namen der Fraktion dafür aus, die angestammte Sitzordnung, wie in der alten Legislaturperiode, wieder einzunehmen, woraufhin Stadtrat Gatter dafür plädiert, dass die Fraktion die derzeitigen Plätze beibehält. Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius spricht sich ebenso für die Beibehaltung der Plätze aus. Er macht an dieser Stelle noch einmal auf die sehr schlechte Akustik im Ratssaal aufmerksam und geht davon aus, dass es zunächst erst einmal eine vorübergehende und provisorische Sitzordnung ist und ein neuer Tagungs- und Sitzungsort gewählt wird, in dem eine gute Verständigung gegeben ist. Stadtrat Herder äußert im Namen der Fraktion DIE LINKE., dass diese die</p>	

	<p>jetzt vorhandene Sitzordnung akzeptiert. Stadtrat Roi äußert im Namen der Fraktion AfD ebenso keine Einwände zur gegenwärtigen Sitzordnung.</p> <p>Stadtrat Schenk verweist noch einmal auf die mehrheitliche Entscheidung in der Fraktion. Er geht davon aus, dass sich die Fraktion insgesamt dem Willen des Stadtrates beugt.</p> <p>Die bestehende Sitzordnung wird sodann bestätigt.</p>	
zu 9	<p>Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Stadtrat Bitterfeld-Wolfen</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende teilt mit, dass im Vorfeld allen Stadträten eine neue Version zum Beschlussantrag zugegangen ist, auf die sie kurz eingeht.</p> <p>Stadtrat Roi äußert, dass er der gleichen Meinung von Herrn Keil ist, dass die Einteilung des Wahlgebietes Bitterfeld-Wolfen in drei Wahlbereiche ein großer Fehler war. Der Stadtrat habe sich s.E. selbst widersprochen, da man vor 7 Jahren gesagt hatte, dass man eine gemeinsame Stadt sei und einen Wahlbereich bilde; dem ist man nicht gefolgt. Eine der Begründungen dafür, 3 Wahlbereiche zu bilden, war u.a., dass Kandidaten aus den einzelnen Ortsteilen größere Chancen hätten. Dies sei nach seiner Auffassung nicht der Fall, wenn man sich mit dem Wahlgesetz auseinandersetzt.</p> <p>Stadtrat Herder merkt an, dass man 3 Wahlbereiche mit relativ gleicher Einwohnerzahl habe, die nicht garantiere, dass eine Gleichverteilung der Mandate über die Stadt erzielt werden, was an der unterschiedlichen Wahlbeteiligung liege. Er kritisiert an dieser Stelle die Veröffentlichungspraxis bzgl. der Wahlbereichsergebnisse bis auf die Ebene der einzelnen Wahllokale. Bis dato könne man auf der Web-Seite nicht nachvollziehen, warum z.B. aus dem Wahlbereich 3 nur 10 Mandate vergeben wurden und aus dem Wahlbereich 2 17 Mandate. Warum ist man derart zurückhaltend mit der Veröffentlichung von Informationen, auf die die Bürger eigentlich ein Recht haben?</p> <p>Der Stadtrat fasst nachfolgenden</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <p>Der Stadtrat Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Einspruch des Herrn Jürgen Keil vom 23.06.2014 gegen die Wahl zum Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 25.05.2014 (Anlage 1) wird zurückgewiesen. 2. Die Wahl zum Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 25.05.2014 wird für gültig erklärt. <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 094-2014</p> <p>Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 10	<p>Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen zu den Ortschaftsräten der Ortschaften Bitterfeld, Bobbau, Greppin, Holzweißig, Rödgen, Thalheim und Wolfen.</p> <p>Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, ruft die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung auf. Der Stadtrat fasst nachfolgenden</p> <p><i>Beschluss:</i></p> <p>Der Stadtrat Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <p>Einwendungen gegen die Ortschaftsratswahlen in den Ortschaften Bitterfeld, Bobbau, Greppin, Holzweißig, Rödgen, Thalheim und Wolfen liegen nicht</p>	<p>Beschlussantrag 095-2014</p> <p>Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0</p>

LINKE. unter Punkt 1, beschließende Ausschüsse, den bisherigen Haupt- und Finanzausschuss zu ändern in **Hauptausschuss**.

Stadtrat Schenk spricht sich zunächst für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen der Hauptsatzung im § 5 aus, beantragt dann allerdings, nach der Begründung durch Stadtrat Herder, im Namen der Fraktion CDU-Grüne-IFW als Kompromisslösung, einen Haupt-Haushalts- und Finanzausschuss als beschließenden Ausschuss gem. § 46 KVG LSA zu bilden.

Die **Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke**, geht auf den weitergehenden Antrag ein, und zwar die Trennung des bisherigen Haupt- und Finanzausschusses und bittet die Stadträte um ihr Votum, ob - neben dem Bau- und Vergabeausschuss und dem Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des EB „Stadthof Bitterfeld-Wolfen“ - der **Hauptausschuss** als beschließender Ausschuss zu etablieren ist.

Sollte das keine Mehrheit finden, würde über die Umbenennung des Haupt- und Finanzausschusses in Haupt-, Haushalts- und Finanzausschuss als beschließenden Ausschuss lt. Antrag der Fraktion CDU-Grüne-IFW abgestimmt werden.

Für die Trennung des bisherigen Haupt- und Finanzausschusses in Hauptausschuss als beschließenden Ausschuss lt. dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. stimmen:

26 Stadträte mit Ja und 13 mit Nein.

Damit ist festgelegt, dass beschließende Ausschüsse gem. § 46 KVG LSA im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen der Hauptausschuss, der Bau- und Vergabeausschuss und der Betriebsausschuss für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes „Stadthof Bitterfeld-Wolfen“ sind.

Pkt. 2 beratende Ausschüsse gem. § 48 KVG LSA

Es wird über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. dafür und dagegen argumentiert, den bisherigen Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport zu trennen.

Stadtrat Herder, der den Antrag, neben Stadtrat Rohde, noch einmal begründet, bringt zum Ausdruck, dass man sich in Abstimmung mit der Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD darauf verständigt habe, dass ein Ausschuss für Soziales und ein Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport gebildet werden sollte.

Diesem Änderungsantrag wird mit 21 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich entsprochen.

Ebenso gibt es Pro- und Kontra-Diskussionen zum Haushalts- und Finanzausschuss, der lt. Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. als beratender Ausschuss fungieren soll.

Die **Stadtratsvorsitzende** ruft letztendlich dazu auf, den Haushalts- und Finanzausschuss als beratenden Ausschuss im § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung aufzunehmen.

Die Stadträte sprechen sich mit 26 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich dafür aus.

Zu § 6 – Beschließende Ausschüsse:

Frau Becker verweist auf eine redaktionelle Änderung **im § 6 Abs. 4**.

Demnach ist die Formulierung *Vermögenswert* zu ändern in **Betrag**.

Außerdem wurden in der ursprünglichen Fassung versehentlich im § 6 die Absätze 4 und 6 vergessen. Sie benennt noch einmal die korrekte Zahlenfolge, d.h. die Unterteilung in die Absätze 1 bis 8.

Die **Stadtratsvorsitzende** geht als Nächstes auf den Änderungswunsch der

Fraktion Die LINKE. ein, wonach es **im § 6 Abs. 1** ursprünglich lautet, dass den beschließenden Ausschüssen der *Oberbürgermeister* vorsitzt. Die Fraktion beantragt stattdessen im Abs. 1 den Wortlaut, dass dem beschließenden Betriebsausschuss für die Angelegenheit des Eigenbetriebes „Stadthof Bitterfeld-Wolfen“ der Oberbürgermeister vorsitzt. Die Stadträte geben dazu folgendes Votum ab:
25 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Die **Stadtratsvorsitzende** bezieht sich sodann auf den Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. im **§ 6 Abs. 3**, wonach der Hauptausschuss als beschließender Ausschuss nicht aus *sieben Stadträten* und dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden, sondern aus **acht Stadträten**, von denen einer dem Ausschuss vorsitzt, bestehen soll.

Stadtrat Dr. Rauball bringt zum Ausdruck, dass im Hauptausschuss alle Fraktionen des Stadtrates vertreten sein müssten. Daher stellt er, in Abweichung des genannten schriftlichen Vorschlages, den Antrag, die Zahl 8 durch die Zahl **9 Stadträte** zu ersetzen, damit auch die Fraktionen AfD und Pro Wolfen in die Lage versetzt werden, jeweils einen Vertreter zu entsenden.

Stadtrat Dr. Dr. Gueinzis, der dies u.a. im Namen der Fraktion Pro Wolfen sehr begrüßt, verweist auf den Pkt. Personen- und Funktionsbezeichnungen und spricht sich dafür aus, jeweils die weibliche Form, d.h. anstatt „Oberbürgermeister“ die Formulierung ***Oberbürgermeisterin*** zu verwenden. Dazu gibt es keinen Widerspruch. Die **Stadtratsvorsitzende** bittet sodann um das Votum der Stadträte zur Änderung im **§ 6 Abs. 3**, die Zahl der Stadträte im Hauptausschuss auf **9 Stadträte** zu erhöhen, von denen einer dem Ausschuss vorsitzt. (*Stadtrat Herder signalisierte lt. Aussage der Stadtratsvorsitzenden, dass er diese Zahl übernimmt*).

Stadtrat Tischer gibt zu bedenken, dass die Oberbürgermeisterin im bisherigen Haupt- und Finanzausschuss den Vorsitz geführt hat, worüber man nicht kommentarlos abstimmen sollte. Daraufhin gibt **Stadtrat Schenk** dazu ein Statement ab und bekräftigt den im Namen der Fraktion bereits geäußerten Standpunkt zur Problematik. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird zum genannten Änderungsantrag zum **§ 6 Abs. 3** folgendes Abstimmungsergebnis erzielt: 24 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Die **Stadtratsvorsitzende** geht im Weiteren auf den Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. **im § 6 (4) Pkt. 2** ein, den Betrag von 10.000 Euro auf **5.000** Euro zu reduzieren und bittet um Abstimmung. Dieser wird mit 15 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Änderungsbegehren der Fraktion Die LINKE., im **§ 6 Abs. 5** die Anzahl der Mitglieder auf acht Stadträte zu erhöhen, äußert **Stadtrat Dr. Rauball**, dass er auch hier beantragt, die Mitglieder auf **9 Stadträte** zu erhöhen, worüber ebenso kontrovers diskutiert wird. Der Änderungsantrag wird schließlich mit 17 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Zu § 7 Beratende Ausschüsse weist die **Stadtratsvorsitzende** darauf hin, dass die beratenden Ausschüsse bereits bestätigt wurden.

Zu § 7 Abs. 3 wird von **Herrn Dr. Rauball** ebenso die Ausschussbesetzung

mit jeweils 9 Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern in den beratenden Ausschüssen beantragt.

Für die Anzahl von 9 Stadträten in den beratenden Ausschüssen stimmen 16 Stadträte mit Ja und 21 mit Nein, 2 enthalten sich der Stimme. Es bleibt somit bei der Ausschussbesetzung mit 7 Stadträten und 6 sachkundigen Einwohnern in den beratenden Ausschüssen.

Zu § 9 wird von **Frau Becker** nochmals darauf hingewiesen, dass das Wort „Vermögenswert“ jeweils ersetzt wird durch das Wort „**Betrag**“.

Ferner muss es im Pkt. 3 richtig lauten:

„die Entscheidung über die im § 4 Nrn. 3, 4, 6 und 7 sowie im § 6 Abs. 4 Nr. 2 genannten Rechtsgeschäfte ...“

Die **Stadtratsvorsitzende** stellt fest, dass **im § 9 Abs. 1** über den Betrag in Höhe von 30.000 Euro nicht abgestimmt werden muss, da man sich bereits darauf verständigt hatte. Daher erübrigt sich hier der Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE.

Im **§ 9 Abs. 1 Pkt. 2** soll lt. Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. die Formulierung „...**aller sonstigen Personalentscheidungen** ...“ gestrichen werden.

Stadtrat Dr. Rauball bemerkt, dass der Text im Pkt. 2 dem Kommunalverfassungsgesetz entnommen wurde, mit Ausnahme der genannten Formulierung, die gestrichen werden soll.

Das Votum der Stadträte für die Herausstreichung der Formulierung ergibt 24 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Ein weiterer Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. betrifft den **§ 9 Abs. 2.:** Können Anfragen der Stadträte nach § 43 Abs. 3 Satz 3 KVG LSA nicht sofort mündlich beantwortet werden, so antwortet die Oberbürgermeisterin innerhalb einer Frist von **10 Arbeitstagen schriftlich und in der nächsten Stadtratssitzung mündlich. Die Antwort der Oberbürgermeisterin wird im Stadtratsprotokoll festgehalten.**

Diese Änderung wird mit 15 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt. Es bleibt somit bei dem ursprünglichen Text.

Als nächste Änderung lt. der Fraktion DIE LINKE. soll ein **neuer § 10** unter der Überschrift „**Beigeordneter**“ eingefügt werden, was zunächst von **Stadtrat Dr. Rauball** begründet wird. Diese zusätzliche Fachkraft als Stellvertreter der OB wird nach seinen Worten in der Führungsebene für dringend erforderlich gehalten.

Stadtrat Schenk bemerkt u.a., dass der Wunsch schon einmal zur Debatte stand, allerdings vom Stadtrat abgelehnt wurde. Die Fraktion spricht sich eindeutig dagegen aus, was er noch einmal begründet.

Weitere Pro- und Kontra-Diskussionen schließen sich an.

Stadtrat Tischer plädiert in seiner Argumentation dafür, dass die Problematik bzgl. der Stelle eines Beigeordneten zwischen den einzelnen Fraktionsvorsitzenden noch einmal diskutiert wird.

Im Übrigen bittet er, angesichts der zahlreichen Änderungen der Hauptsatzung, den Stadträten vorab eine Lesefassung zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Schenk möchte, dass der Bitte des Stadtrates Tischer entsprochen und noch einmal über die Problematik „Beigeordneter“ diskutiert wird. Er beantragt daher, diesen einzelnen Punkt zu vertagen.

Auf die Frage von **Stadtrat Rohde**, ob man diesen Paragraphen tatsächlich zunächst aus der Hauptsatzung herausnehmen könne, äußert die

Stadtratsvorsitzende, dass der Stadtrat die Hoheit hat und so verfahren könne. Die Angelegenheit könnte in einer der nächsten Stadtratssitzungen behandelt werden, je nachdem, wie sich die Fraktionsvorsitzenden abgestimmt haben.

Dem Antrag des **Stadtrates Schenk** bzgl. einer späteren Entscheidung über die Problematik „Beigeordneter“ wird mit 21 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

zu § 10 – Gleichstellungsbeauftragte

Es liegt der Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. vor, dass im Abs. 4 die Formulierung dahingehend geändert wird, dass die Gleichstellungsbeauftragte *mindestens* einmal jährlich dem Stadtrat berichten sollte.

Dieser Änderung wird mit 35 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich entsprochen.

zu § 11 – Einwohnerversammlung

Frau Becker weist darauf hin, dass es im § 11 Abs. 1 Satz 4 korrekt lauten muss:

Die Einladung ist gemäß § 18 (anstatt § 20) Abs. 3 bekanntzumachen.

zu § 12 – Einwohnerfragestunde

Im Abs. 4 soll es gem. Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE., abweichend vom ursprünglichen Text, wie folgt lauten:

„Jeder Einwohner ist nach Angabe seines Namens und seiner Anschrift berechtigt, Fragen zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen.“

Stadtrat Rohde bittet an dieser Stelle, dass in der Hauptsatzung jeweils immer, analog dem Wunsch von Stadtrat Dr. Dr. Gueinzius, zwischen der weiblichen und männlichen Formulierung unterschieden wird. Unter dem Passus „Einwohnerfragestunde“ sollte somit ebenso die Formulierung *„die Vorsitzende“* gewählt werden. Das Gleiche gilt für die Formulierung *„die Oberbürgermeisterin“*.

Dazu gibt es keinen Widerspruch (*Abstimmung darüber s. § 19*).

Zur Änderung im Abs. 4 gibt es wiederum rege Diskussionen zum Für und Wider.

Die von der Fraktion DIE LINKE. gewünschte Änderung im genannten Passus wird sodann mit 15 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Somit bleibt es bei dem ursprünglichen Text.

Die Stadtratsvorsitzende geht auf einen weiteren Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. *im § 12 Abs. 5* ein, wonach innerhalb von 10 Arbeitstagen (*anstatt 6 Wochen*) der Einwohner eine schriftliche Antwort erhalten soll, wenn die Beantwortung seiner Frage in der Sitzung nicht möglich ist. *Die Antwort soll dem Protokoll der Stadtratssitzung beigefügt werden.*

Hierzu gibt es ebenso einige Wortmeldungen.

Stadtrat Schenk beantragt, dass die Beantwortung innerhalb von *einem Monat* erteilt werden sollte.

Dass die Antwort dem Protokoll beizufügen ist, unterstützt er.

Die **Stadtratsvorsitzende** bittet sodann über die Abstimmung der Bearbeitungsfrist von *10 Arbeitstagen*, gemäß dem Antrag der Fraktion DIE

LINKE. als weitergehenden Antrag.
Dieser Änderungsantrag wird mit 15 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag von **Stadtrat Schenk** bzgl. der Bearbeitungsfrist der Anfragen von Einwohnern innerhalb von **einem Monat** wird mit 34 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Dem Antrag hinsichtlich der Beifügung der Antworten an das Protokoll der Stadtratssitzung wird mit 39 Stimmen einstimmig entsprochen.

Zum § 16 – Anhörung und Aufgaben der Ortschaftsräte

Frau Becker weist auf redaktionelle Änderungen unter Abs. 3 hin.

Hier muss in der zweiten Zeile ergänzt werden „...nach § 53 Abs. 4 Satz 5 und 6 *KVG LSA* ...“

Des Weiteren ist im Pkt. 4 die Formulierung „...*soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt*...“ zu ergänzen.

Stadtrat Krillwitz bemerkt, dass der Ortschaftsrat über derartige Vorgänge, die in der Ortschaft stattfinden, informiert werden sollte. Er plädiert daher, den obigen Zusatz wieder zu streichen, worauf **Herr Kröber** auf den Wortlaut des Gesetzestextes im § 84 Abs. 3 Pkt. 6 hinweist, dem gefolgt werden soll.

Da **Stadtrat Rohde** der Auffassung ist, dass es sich hierbei um eine Kann-Bestimmung handelt, wird über den von Stadtrat Krillwitz geäußerten Änderungswunsch abgestimmt.

Für die Aufnahme der von **Frau Becker** vorgetragene Ergänzung sprechen sich

33 Stadträte mit Ja und 1 Stadtrat dagegen aus. 5 Stadträte enthalten sich der Stimme.

Damit ist die genannte Ergänzung im Abs. 3 Ziffer 4 aufgenommen worden.

Zum § 17 – Einwohnerfragestunden in den Ortschaften

Zum Pkt. 2 liegt ebenso der Änderungswunsch der Fraktion DIE LINKE. vor, dass jeder Einwohner der Stadt, der in der Ortschaft wohnt, berechtigt ist, generell **Fragen** (*grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen sollen gestrichen werden*) zu stellen.

Diese Änderung wird mit 14 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Dem weitergehenden Antrag von Stadtrat Schenk zum **§ 17 Pkt. 3**, wonach der Fragesteller eine schriftliche Antwort auf seine Frage innerhalb von **einem Monat** erhalten soll, wenn die Beantwortung in der Sitzung nicht möglich ist und diese Antwort dem Protokoll der Ortschaftsratssitzung beizufügen ist, wird mit 39 Stimmen einstimmig bestätigt.

Frau Becker verweist auf den **§ 18, Öffentliche Bekanntmachungen.**

Dieser ist redaktionell, auch nach Hinweisen der Kommunalaufsicht, *im Abs. 3* wie folgt neu verfasst worden:

„Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse werden – sofern zeitlich möglich auch bei einer gemäß § 53 Abs. 4 Satz 5 KVG LSA formlos und ohne Frist einberufenen Sitzung – durch Aushang in folgenden Schaukästen bekanntgemacht: ...“ (*die aufgeführten Schaukästen bleiben bestehen*)

„Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortschaftsräte werden in den Schaukästen im betreffenden Ortsteil – sofern zeitlich möglich auch bei

	<p>einer gemäß § 53 Abs. 4 Satz 5 KVG LSA formlos und ohne Frist einberufenen Sitzung – durch Aushang bekanntgemacht. Auf dem Aushang ist zu vermerken, von wann bis wann ausgehängt wird. Der Tag des Aushangs und der Tag der Abnahme zählen bei dieser Frist nicht mit. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des ersten Tages, der dem Tag des Aushangs an der/den dafür bestimmten Schaukästen folgt, bewirkt. Der Aushang darf frühestens am Tage nach der Sitzung abgenommen werden. Zusätzlich erfolgen die Bekanntmachungen für Zeit, Ort und Tagesordnung des Stadtrates, seiner Ausschüsse und der Ortschaftsräte nachrichtlich auf der Homepage der Stadt Bitterfeld-Wolfen unter „Bürgerinfoportal“.</p> <p>Der genannte Text wird von der Fraktion DIE LINKE., die hierzu ebenso einen Änderungsantrag signalisierte, mitgetragen.</p> <p>Zum § 19, Sprachliche Gleichstellung, kommt die Stadtratsvorsitzende noch einmal auf den Antrag von Stadtrat Rohde, bzw. von Stadtrat Dr. Dr. Gueinzus zurück, dass Personen- und Funktionsbezeichnungen jeweils in weiblicher und männlicher Form gelten und lässt darüber abstimmen. Die Abstimmung ergibt 32 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.</p> <p>Frau Becker wird an dieser Stelle noch einmal darum gebeten, den Stadträten eine Lesefassung der Hauptsatzung zuzuleiten. Der Stadtrat gibt zu der so geänderten Hauptsatzung nachfolgendes Votum ab bzw. fasst den</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß Anlage.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	
<p>zu 12</p>	<p>Wahl des/der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden und des/der Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende bittet hier, noch einmal die unter TOP 5 benannte Wahlkommission, auch bei dieser Wahl tätig zu werden und verweist auf das Wahlprocedere. Sie bittet um Vorschläge aus den Reihen der Fraktionen für den Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates.</p> <p>Stadtrat Pasbrig teilt der Stadtratsvorsitzenden mit, dass er, da er selbst kandidiert, aus der Wahlkommission ausscheidet.</p> <p>Stadtrat Gatter teilt mit, dass die gemeinsame Fraktion Stadtrat Detlef Pasbrig vorschlägt.</p> <p>Stadtrat Schenk schlägt im Namen der Fraktion CDU-Grüne-IFW Stadtrat Jens Tetzlaff vor.</p> <p>Die Vorstellung von Stadtrat Jens Tetzlaff erfolgte bereits unter TOP 5. Es stellt sich sodann Stadtrat Pasbrig kurz vor. Es wird sich für eine geheime Wahl mit Stimmzetteln entschieden.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende informiert über folgendes Wahlergebnis: Gültige Stimmen: 38 ungültige Stimmen: 1 auf Stadtrat Pasbrig entfallen 21 Stimmen auf Stadtrat Tetzlaff entfallen 17 Stimmen</p> <p>Stadtrat Pasbrig ist somit zum Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates gewählt worden. Er teilt mit, dass er die Wahl annimmt.</p>	

	<p>Als Kandidaten für den Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates wird von Stadtrat Kröber im Namen der Fraktion Stadtrat Jens Tetzlaff benannt. Da sich kein Widerspruch von Seiten der Stadträte regt, wird eine offene Wahl durchgeführt. Im Ergebnis entfallen auf Stadtrat Tetzlaff 37 Stimmen (2 Gegenstimmen). Damit ist Stadtrat Tetzlaff zum Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates gewählt worden. Er teilt mit, dass er die Wahl annimmt. Beide Stellvertreter nehmen im Präsidium Platz.</p> <p>Der Stadtratsvorsitzende verweist an dieser Stelle auf den § 13 (5) der noch gültigen Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen und seine Ausschüsse, wonach nach 22:00 Uhr keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen werden dürfen. Sie schlägt vor, die Stadtratssitzung am 11. Juli 2014, 16:30 Uhr fortzusetzen, und zwar mit den Tagesordnungspunkten, die heute nicht abgearbeitet werden konnten. Sie bittet die Fraktionen, die gem. TOP 16 zu benennenden Vertreter der Stadt in Unternehmen mit städtischer Beteiligung und in den Zweckverbänden entsprechend schriftlich bis zum 11.07.14 vorzubereiten. Die Sitzung wird somit an dieser Stelle abgebrochen.</p>	
<p>zu 13</p>	<p>Verteilung der Vorsitze der Ausschüsse, die gemäß Hauptsatzungsregelung nach d`Hondt zu verteilen sind</p> <p><u>Fortsetzung der konstituierenden Stadtratssitzung vom 02.07.14 am 11.07.14 , von 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr</u></p> <p>Die Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke, begrüßt alle Mitglieder des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen, die Oberbürgermeisterin sowie alle Gäste und Vertreter der Presse zur Fortsetzung der Sitzung vom 02.07.14. Sie verweist auf die noch gültige Geschäftsordnung des Stadtrates gem. § 1 (3), wonach die Sitzung zur Erledigung der restlichen Tagesordnung an einem der nächsten Tage fortgesetzt werden kann, wenn die Tagesordnungspunkte nicht abgearbeitet werden konnten, was heute der Fall ist. Eine erneute schriftliche oder elektronische Ladung war nicht erforderlich. Die in der Sitzung nicht anwesenden Stadträte, dies betraf die Stadträte Ingo Jung und Lars-Jörn Zimmer, wurden über den heutigen Sitzungstermin unverzüglich unterrichtet.</p> <p>Ferner verweist die Stadtratsvorsitzende auf die Regelung im Kommunalverfassungsgesetz § 55 (1), die u.a. besagt, dass das Gremium, auch wenn sich die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder im Laufe der Sitzung verringert, als beschlussfähig gilt, solange nicht ein stimmberechtigtes Mitglied Beschlussunfähigkeit wegen Unterschreitens der erforderlichen Mitgliederzahl geltend macht. Da das offenbar nicht der Fall ist, stellt sie Beschlussfähigkeit fest, unabhängig davon, wieviele Stadträte anwesend sind.</p> <p>Bevor die Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke, die nächsten Tagesordnungspunkte aufruft, nimmt sie die Nachverpflichtung des zur letzten Sitzung nicht anwesenden Stadtrates Ingo Jung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten vor.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende fährt sodann mit der Abarbeitung des TOP 13</p>	

fort.

Stadtrat Dr. Rauball verweist auf die Zuarbeit der Verwaltung, wo man erkannt habe, dass es offenbar unterschiedliche Sichtweisen bzgl. der Verteilung der Vorsitze der Ausschüsse gibt.

Die Fraktion stellt daher folgenden Antrag:

„Der Stadtrat legt das anzuwendende Sitzzuteilungsverfahren nach d’Hondt für die Ausschussvorsitze wie folgt fest:

„Für den Hauptausschuss sowie den Bau- und Vergabeausschuss und die beratenden Ausschüsse werden die Ausschussvorsitze den Fraktionen im Stadtrat in der Reihenfolge der Höchstzahlen nach d’Hondt zugeteilt. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das die Vorsitzende des Stadtrates zieht. Die Fraktionen benennen die Ausschüsse, deren Vorsitze sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen und bestimmen die/den Vorsitzende/n aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder. Die Fraktion, die den Vorsitz stellt, benennt auch den Vertreter aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses.“

Er hat den Antrag allen Fraktionen und der Stadtratsvorsitzenden schriftlich zur Verfügung gestellt. Das d’Hondt-Verfahren, so Stadtrat Dr. Rauball, ist ein allgemein gültiges Verfahren, das in allen kommunalen Parlamenten angewandt wird, um die Ausschussvorsitze zu verteilen. Darüber habe er sich mit der KAB und dem Rechtsamt des LK in Verbindung gesetzt, die bestätigt haben, dass der Landkreis keinen Einspruch geltend machen wird, wenn sich der Stadtrat damit einverstanden erklärt.

Stadtrat Gatter bemerkt, dass er auch, unabhängig davon, mit Herrn Tappel von der Kommunalaufsicht gesprochen habe. Er stellt daher ebenso den Antrag, dass die Zuteilung der Ausschussvorsitze nach d’Hondt aus „einem Pool“ erfolgt, beginnend bei den beschließenden und endend bei den beratenden Ausschüssen. Er begründet es damit, dass es nach Rücksprache mit Herrn Tappel von der Landkreisverwaltung nicht zwingend notwendig sei, der Formulierung der Hauptsatzung im § 6 und 7 zu folgen; die Auslegung obliegt dem Stadtrat Bitterfeld-Wolfen. Aus diesem Grund fordert die Fraktion eine Abstimmung zu dieser Verfahrensweise. Man erwartet dann eine Vorgehensweise entsprechend des Abstimmungsergebnisses.

Stadtrat Schenk kritisiert den Stil, der derzeit im Stadtrat praktiziert wird, wie dieser Antrag innerhalb kürzester Zeit vorgelegt wurde und der Stadtrat darüber entscheiden soll. Für die Fraktion CDU-Grüne-IFW kommt dieser Antrag überraschend. Man hat in der Fraktionssitzung, auf der Grundlage dessen, was von der Verwaltung übergeben wurde, eine Entscheidung getroffen, wonach die beiden beschließenden Ausschüsse jeweils den Vorsitz von der Fraktion CDU-Grüne-IFW geführt werden. Gleichwohl habe man Verständnis dafür, dass man zu einer Lösung kommen möchte, die aus der Sicht der anderen Fraktionen eine Bevorteilung der Fraktion CDU-Grüne-IFW ausschließt. Er erinnert aber an die Diskussion über die Hauptsatzung am 02.07.14, wo er klar nachfragte und ihm bestätigt wurde, dass für den Hauptausschuss, den Bau- und Vergabeausschuss und die beratenden Ausschüsse, drei gesonderte Verfahren gelten. Es war nicht der Vorschlag der Fraktion CDU-Grüne-IFW, sondern der eingebrachte Vorschlag, dem der Stadtrat gefolgt ist. Die Fraktion ist der Überzeugung, dass das, was in der Hauptsatzung festgelegt ist, auch umgesetzt werden soll. Sollte das nicht der Fall sein, muss die Hauptsatzung gemeinschaftlich

geändert werden. Dazu lädt er die Fraktionen ausdrücklich ein. Die Fraktion wird sich zwar einer Abstimmung im Stadtrat nicht entziehen; er weist allerdings nochmals darauf hin, dass nach Auffassung der Fraktion alle drei gesonderten Verfahren nach der Hauptsatzung festgelegt worden sind und dementsprechend verfahren werden müsste. Die Fraktion behält sich einen Einspruch bei der Kommunalaufsicht vor, worüber man sich in der Fraktion noch verständigen wird.

Selbst wenn man einen Einwand erhebt, könne sich die Fraktion vorstellen, dass möglicherweise der Hauptausschuss zunächst erst einmal von der OB geführt wird, bis dann eine eindeutige Rechtsauffassung vorhanden ist. Er selbst habe von Seiten der Kommunalaufsicht anderslautende Informationen.

Stadtrat Rohde bringt zum Ausdruck, dass das d'Hondt-Verfahren ein mathematisches Gruppenverfahren ist, das nicht auf einen einzelnen Ausschuss, sondern auf mehrere Ausschussvorsitze angewandt wird.

Stadtrat Kröber verweist darauf, dass der Stadtrat in einer langen Diskussion eine Hauptsatzung aufgestellt hat, die in dieser Eile beschlossen wurde und offenbar Fehler passiert sind. Die Frage bzgl. der beratenden Ausschüsse hatte auch er selbst gestellt, was so bestätigt wurde. Er erinnert daran, dass in der alten Hauptsatzung das Verfahren genauso geregelt war, dass zunächst die beschließenden Ausschüsse nach d'Hondt betrachtet wurden und danach die beratenden Ausschüsse. Die Hauptsatzung jetzt per Beschluss außer Kraft zu setzen, sei s.E. nicht rechtmäßig. Er könne nur appellieren, diesen Antrag zurückzuziehen. Die Fraktion ist gern bereit, jederzeit wieder über die Hauptsatzung zu reden. Man ist aber der Meinung, dass man jetzt gesetzeskonform mit der Satzung sei.

Stadtrat Tischer bemerkt, dass er zur Sitzung am 02.07. darauf hingewiesen hatte, dass man bei der Formulierung der Satzung genau aufpassen müsse. Er ist davon ausgegangen, dass im Falle des Hauptausschusses, der ebenfalls von einem Stadtratsmitglied geleitet werden soll, der Vorsitzende nach d'Hondt ermittelt werden muss und dass alle Ausschüsse in einen „Pool geworfen“ und nach derselben Methode berechnet werden. Er war überrascht über den Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Berechnung. Es bleibt s.E. nichts anderes übrig, als die Hauptsatzung an der konkreten Stelle zu korrigieren. Er hat auch in der Hauptsatzung den Vermerk vermisst, dass alle Ausschussvorsitze nach d'Hondt ermittelt werden und plädiert dafür, dass der Stadtrat die Hauptsatzung in dem Sinne ändert.

Stadtrat Schenk äußert Zweifel daran, ob der Antrag zur Änderung der Hauptsatzung überhaupt in diesem Tagesordnungspunkt zulässig ist.

Die **Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke**, rekapituliert, dass ihr zwei Anträge vorliegen.

Stadtrat Gatter teilt mit, dass er seinen Antrag zurückzieht. Somit liegt nur der oben zitierte Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor.

Die **Stadtratsvorsitzende** bittet um Abstimmung darüber, wer diesem Antrag folgen möchte:

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Stadtrat Kröber beantragt sodann eine 5-minütige Unterbrechung, um sich über die weitere Verfahrensweise zu verständigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Nach Beendigung der Pause ruft die **Stadtratsvorsitzende** die einzelnen Fraktionen auf, hinsichtlich der Verteilung der Vorsitze der Ausschüsse nach d'Hondt sowohl für die beschließenden als auch für die beratenden Ausschüsse, ihre Festlegungen mitzuteilen.

Diese gestalten sich wie folgt:

1. Zugriff: CDU-Fraktion

Stadtrat Schenk benennt den **Bau- und Vergabeausschuss**

Vorsitzender: Armin Schenk

Stellvertreter: Frank Zimmermann

2. Zugriff: Losentscheid zw. den Fraktionen DIE LINKE. und WLS-FWH-FWG-SPD

Das Los, das die Stadtratsvorsitzende zieht, entfällt auf die Fraktion DIE LINKE.

Stadtrat Herder informiert, dass die Fraktion den Ausschussvorsitz für den **Hauptausschuss** beansprucht.

Vorsitzender: Dr. Werner Rauball

Stellvertreter: Günter Herder

3. Zugriff: Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD

Stadtrat Gatter benennt den **Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport**.

Vorsitzender: Klaus Ari-Gatter

Stellvertreter: Mirko Claus

4. Zugriff: Fraktion CDU-Grüne-IFW

Stadtrat Schenk benennt den **Wirtschafts- und Umweltausschuss**.

Vorsitzender: Uwe Kröber

Stellvertreter: Hans-Christian Quilitzsch

5. Zugriff: Ein Losentscheid zwischen den Fraktionen DIE LINKE. und WLW-FWH-FWG-SPD erfolgt nicht, da sich beide Fraktionen geeinigt

haben.

Stadtrat Herder benennt den **Ausschuss für Soziales**.

Vorsitzender: Hendrik Rohde

Stellvertreterin: Christa Blath

6. Zugriff: Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD

Stadtrat Gatter benennt den **Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen**.

Vorsitzender: Detlef Pasbrig

Stellvertreter: Joachim Schunke

7. Zugriff: **Fraktion CDU-Grüne-IFW**

Stadtrat Kröber benennt den Rechnungsprüfungsausschuss.

Vorsitzender: Uwe Kröber

Stellvertreter: Gerhard Hamerla

8. Zugriff: **Fraktion CDU-Grüne-IFW**

Stadtrat Kröber benennt den **Haushalts- und Finanzausschuss**.

	<p>Vorsitzender: Jens Tetzlaff <i>(Info wurde nachgemeldet)</i> Stellvertreter: Dr. Holger Welsch dto.</p>																																																																					
<p>zu 14</p>	<p>Benennung der Ausschussmitglieder auf Vorschlag der Fraktionen</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende teilt mit, dass ihr bzgl. der Ausschussbesetzungen schriftliche Mitteilungen von der Fraktion DIE LINKE., von der Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD und der Fraktion CDU-Grüne-IFW vorliegen.</p> <p>Sie ruft sodann nachfolgend alle Ausschüsse auf und bittet die Fraktionen, ihre Mitglieder mündlich zu benennen:</p> <p>Hauptausschuss:</p> <table data-bbox="292 658 1046 1025"> <tr> <td>Dr. Werner Rauball</td> <td>DIE LINKE.</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td>Günter Herder</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Stellvertreter</td> </tr> <tr> <td>Dr. Holger Welsch</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Armin Schenk</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Doreen Garbotz-Chiahi</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Klaus Gatter</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Horst Tischer</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>André Krillwitz</td> <td>Pro Wolfen</td> </tr> <tr> <td>Daniel Roi</td> <td>AfD</td> </tr> </table> <p>Bau- und Vergabeausschuss:</p> <table data-bbox="292 1099 1107 1397"> <tr> <td>Armin Schenk</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Vorsitzender</td> </tr> <tr> <td>Frank Zimmermann</td> <td>dto. Stellvertreter</td> </tr> <tr> <td>Dr. W. Rauball</td> <td>DIE LINKE.</td> </tr> <tr> <td>Sandor Kulman</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Dr. Horst Sendner</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Uwe Denkewitz</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td colspan="2"><i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i></td> </tr> <tr> <td>André Krillwitz</td> <td>Pro Wolfen</td> </tr> </table> <p>Betriebsausschuss des Eigenbetriebes „Stadthof Bitterfeld-Wolfen:</p> <table data-bbox="292 1464 1040 1733"> <tr> <td>Dr. Siegfried Horn</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Gerhard Hamerla</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Christa Blath <i>neu seit 22.07.:</i></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Marko Roye</td> <td>DIE LINKE.</td> </tr> <tr> <td>Sandor Kulman</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Dieter Riedel</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Joachim Schunke</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Enrico Stammer</td> <td>AfD</td> </tr> </table> <p>Umlegungsausschuss:</p> <table data-bbox="292 1800 1040 2002"> <tr> <td>Jens Tetzlaff</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Stellv. Günter Sturm</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Dr. Joachim Gülland</td> <td>DIE LINKE.</td> </tr> <tr> <td>Stellv. Dr. Werner Rauball</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Horst Tischer</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Stellvertreter</td> <td><i>(wird nachgereicht)</i></td> </tr> </table>	Dr. Werner Rauball	DIE LINKE.		Vorsitzender	Günter Herder	dto.		Stellvertreter	Dr. Holger Welsch	CDU-Grüne-IFW	Armin Schenk	dto.	Doreen Garbotz-Chiahi	dto.	Klaus Gatter	WLS-FWH-FWG-SPD	Horst Tischer	dto.	André Krillwitz	Pro Wolfen	Daniel Roi	AfD	Armin Schenk	CDU-Grüne-IFW		Vorsitzender	Frank Zimmermann	dto. Stellvertreter	Dr. W. Rauball	DIE LINKE.	Sandor Kulman	dto.	Dr. Horst Sendner	WLS-FWH-FWG-SPD	Uwe Denkewitz	dto.	<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i>		André Krillwitz	Pro Wolfen	Dr. Siegfried Horn	CDU-Grüne-IFW	Gerhard Hamerla	dto.	Christa Blath <i>neu seit 22.07.:</i>		Marko Roye	DIE LINKE.	Sandor Kulman	dto.	Dieter Riedel	WLS-FWH-FWG-SPD	Joachim Schunke	dto.	Enrico Stammer	AfD	Jens Tetzlaff	CDU-Grüne-IFW	Stellv. Günter Sturm	dto.	Dr. Joachim Gülland	DIE LINKE.	Stellv. Dr. Werner Rauball	dto.	Horst Tischer	WLS-FWH-FWG-SPD	Stellvertreter	<i>(wird nachgereicht)</i>	
Dr. Werner Rauball	DIE LINKE.																																																																					
	Vorsitzender																																																																					
Günter Herder	dto.																																																																					
	Stellvertreter																																																																					
Dr. Holger Welsch	CDU-Grüne-IFW																																																																					
Armin Schenk	dto.																																																																					
Doreen Garbotz-Chiahi	dto.																																																																					
Klaus Gatter	WLS-FWH-FWG-SPD																																																																					
Horst Tischer	dto.																																																																					
André Krillwitz	Pro Wolfen																																																																					
Daniel Roi	AfD																																																																					
Armin Schenk	CDU-Grüne-IFW																																																																					
	Vorsitzender																																																																					
Frank Zimmermann	dto. Stellvertreter																																																																					
Dr. W. Rauball	DIE LINKE.																																																																					
Sandor Kulman	dto.																																																																					
Dr. Horst Sendner	WLS-FWH-FWG-SPD																																																																					
Uwe Denkewitz	dto.																																																																					
<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i>																																																																						
André Krillwitz	Pro Wolfen																																																																					
Dr. Siegfried Horn	CDU-Grüne-IFW																																																																					
Gerhard Hamerla	dto.																																																																					
Christa Blath <i>neu seit 22.07.:</i>																																																																						
Marko Roye	DIE LINKE.																																																																					
Sandor Kulman	dto.																																																																					
Dieter Riedel	WLS-FWH-FWG-SPD																																																																					
Joachim Schunke	dto.																																																																					
Enrico Stammer	AfD																																																																					
Jens Tetzlaff	CDU-Grüne-IFW																																																																					
Stellv. Günter Sturm	dto.																																																																					
Dr. Joachim Gülland	DIE LINKE.																																																																					
Stellv. Dr. Werner Rauball	dto.																																																																					
Horst Tischer	WLS-FWH-FWG-SPD																																																																					
Stellvertreter	<i>(wird nachgereicht)</i>																																																																					

Haushalts- und Finanzausschuss:

Jens Tetzlaff	CDU-Grüne IFW
Dr. Holger Welsch	dto.
Günter Herder	DIE LINKE.
Gudrun Rauball	dto.
Horst Tischer	WLS-FWH-FWG-SPD
Mirko Claus <i>neu seit 22.07.14</i>	
Detlef Pasbrig	dto.
<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i>	
Enrico Stammer	AfD

Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport:

Klaus Gatter	WLS-FWH-FWG-SPD
Vorsitzender	
Mirko Claus	dto.
Stellvertreter	
Christel Vogel	CDU-Grüne IFW
Doreen Garbotz-Chiahi	dto.
Gudrun Rauball	DIE LINKE.
Marko Roye	dto.
<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid)</i>	
René Vollmann	AfD

Ausschuss für Soziales:

Hendrik Rohde	DIE LINKE. Vorsitzender
Christa Blath	dto. Stellvertreterin
Günter Sturm	CDU-Grüne IFW
Klaus-Dieter Kohlmann	dto.
Klaus-Ari Gatter	WLS-FWH-FWG-SPD
Mirko Claus	dto.
<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i>	
Horst Rürger	Pro Wolfen

Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen:

Detlef Pasbrig	WLS-FWH-FWG-SPD
Vorsitzender	
Joachim Schunke	Stellvertreter
Hans-Christian Quilitzsch	CDU-Grüne IFW
Günter Sturm	dto.
Dr. Joachim Gülland	DIE LINKE.
Marko Roye	dto.
<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i>	
Daniel Roi	AfD

Wirtschafts- und Umweltausschuss

Uwe Kröber	CDU-Grüne IFW	Vorsitzender
Hans-Christian Quilitzsch	dto.	Stellvertreter
Hendrik Rohde	DIE LINKE.	
Martina Römer	dto.	
Peter Ziehm	WLS-FWH-FWG-SPD	
Dieter Riedel	dto.	
<i>(Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid):</i>		
Dr. Dr. Egbert Gueinzus	Pro Wolfen	

Rechnungsprüfungsausschuss

	<p>Uwe Kröber Gerhard Hamerla Gudrun Rauball Martina Römer</p> <p>Mirko Claus Hans-Jürgen Präbler <i>neu 22.07.14</i> (<i>Einigung zw. Pro Wolfen und AfD, daher kein Losentscheid</i>): Enrico Stammer</p>	<p>CDU-Grüne-IFW Vorsitzender dto. Stellvertreter</p> <p>DIE LINKE. dto.</p> <p>WLS-FWH-FWG-SPD dto.</p> <p>AFD</p>																																																								
<p>zu 15</p>	<p>Berufung sachkundiger Einwohner in beratende Ausschüsse als Mitglieder mit beratender Stimme</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende teilt mit, dass derzeit lediglich die Meldung der Fraktion CDU-Grüne-IFW vorliegt. Sie bittet die Fraktionen, die noch keine sachkundigen Einwohner benannt haben, diese innerhalb 1 Woche dem SB Bürgerservice nachzumelden. Bei der Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD wurden die Meldungen bzgl. sachkundiger Einwohner auch noch nicht vollständig angezeigt.</p> <p>Benannt wurden bisher:</p> <table data-bbox="292 936 1153 2004"> <thead> <tr> <th>Ausschuss:</th> <th>benannt von der Fraktion:</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Haushalts- und Finanzausschuss:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Dr. Wolfgang Baronius</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Aleksandar Panovic</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Mario Klamm <i>neu seit 22.07.14:</i></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Regina Netzband</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Bernd Kosmehl</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Britt Riehl</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Uwe Müller</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Diana Weber</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Jutta Engler</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Diana Weber <i>neu seit 22.07.14</i></td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Ausschuss für Soziales:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Karoly Pakozdy</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Jürgen Bernhard</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Beatrice Lenz</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Birgit Fritzsich <i>neu seit 22.07.14</i></td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Uwe Müller</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Wolfram Pohl</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Dagmar Kurschus</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Dieter Kruse <i>neu seit 22.07.14</i></td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Wirtschafts- und Umweltausschuss:</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Christian Hennicke</td> <td>CDU-Grüne-IFW</td> </tr> <tr> <td>Michael Baldamus</td> <td>dto.</td> </tr> <tr> <td>Gunter Krezeminski</td> <td>WLS-FWH-FWG-SPD</td> </tr> <tr> <td>Diana Bäse <i>neu seit 22.07.14</i></td> <td>dto.</td> </tr> </tbody> </table>	Ausschuss:	benannt von der Fraktion:	Haushalts- und Finanzausschuss:		Dr. Wolfgang Baronius	CDU-Grüne-IFW	Aleksandar Panovic	dto.	Mario Klamm <i>neu seit 22.07.14:</i>		Regina Netzband	WLS-FWH-FWG-SPD	Bernd Kosmehl	dto.	Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport:		Britt Riehl	CDU-Grüne-IFW	Uwe Müller	dto.	Diana Weber	WLS-FWH-FWG-SPD	Jutta Engler	WLS-FWH-FWG-SPD	Diana Weber <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.	Ausschuss für Soziales:		Karoly Pakozdy	CDU-Grüne-IFW	Jürgen Bernhard	dto.	Beatrice Lenz	WLS-FWH-FWG-SPD	Birgit Fritzsich <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.	Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen:		Uwe Müller	CDU-Grüne-IFW	Wolfram Pohl	dto.	Dagmar Kurschus	WLS-FWH-FWG-SPD	Dieter Kruse <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.	Wirtschafts- und Umweltausschuss:		Christian Hennicke	CDU-Grüne-IFW	Michael Baldamus	dto.	Gunter Krezeminski	WLS-FWH-FWG-SPD	Diana Bäse <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.	
Ausschuss:	benannt von der Fraktion:																																																									
Haushalts- und Finanzausschuss:																																																										
Dr. Wolfgang Baronius	CDU-Grüne-IFW																																																									
Aleksandar Panovic	dto.																																																									
Mario Klamm <i>neu seit 22.07.14:</i>																																																										
Regina Netzband	WLS-FWH-FWG-SPD																																																									
Bernd Kosmehl	dto.																																																									
Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport:																																																										
Britt Riehl	CDU-Grüne-IFW																																																									
Uwe Müller	dto.																																																									
Diana Weber	WLS-FWH-FWG-SPD																																																									
Jutta Engler	WLS-FWH-FWG-SPD																																																									
Diana Weber <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.																																																									
Ausschuss für Soziales:																																																										
Karoly Pakozdy	CDU-Grüne-IFW																																																									
Jürgen Bernhard	dto.																																																									
Beatrice Lenz	WLS-FWH-FWG-SPD																																																									
Birgit Fritzsich <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.																																																									
Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen:																																																										
Uwe Müller	CDU-Grüne-IFW																																																									
Wolfram Pohl	dto.																																																									
Dagmar Kurschus	WLS-FWH-FWG-SPD																																																									
Dieter Kruse <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.																																																									
Wirtschafts- und Umweltausschuss:																																																										
Christian Hennicke	CDU-Grüne-IFW																																																									
Michael Baldamus	dto.																																																									
Gunter Krezeminski	WLS-FWH-FWG-SPD																																																									
Diana Bäse <i>neu seit 22.07.14</i>	dto.																																																									

	<p>Rechnungsprüfungsausschuss Peter Kolbe CDU-Grüne-IFW Aleksandar Panovic dto. Ines Chlebowski WLS-FWH-FWG-SPD Mario Klammt <i>neu seit 22.07.14</i> dto.</p>	
<p>zu 16</p>	<p>Benennung von Vertretern der Stadt in Unternehmen mit städtischer Beteiligung und in Zweckverbände</p> <p>Es liegen folgende Meldungen vor:</p> <p>Wohnungs- und Baugesellschaft Wolfen mbH: Dieter Kohlmann CDU-Grüne-IFW Klaus Hamerla Sandor Kulmann DIE LINKE. Detlef Pasbrig WLS-FWH-FWG-SPD</p> <p>TGZ Technologie- und Gründerzentrum Bitterfeld-Wolfen GmbH: Doreen Garbotz-Chiahi CDU-Grüne-IFW Dieter Riedel WLS-FWH-FWG-SPD Hendrik Rohde DIE LINKE.</p> <p>Bädergesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH: Christel Vogel CDU-Grüne-IFW Uwe Kröber dto. Dr. Werner Rauball DIE LINKE. Martina Römer dto. Klaus Ari-Gatter WLS-FWH-FWG-SPD Horst Fischer <i>neu per 22.7.:</i> Dieter Riedel dto.</p> <p>Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH: Dr. Holger Welsch CDU-Grüne-IFW Dr. Siegfried Horn dto. Günter Herder DIE LINKE. Dr. Horst Sendner WLS-FWH-FWG-SPD</p> <p>Neue Bitterfelder Wohnungs- und Baugesellschaft mbH: Christian Qulilitzsch CDU-Grüne-IFW Wolfgang Wießner dto. Gudrun Rauball DIE LINKE. Peter Ziehm WLS-FWH-FWG-SPD</p> <p>Stadtentwicklungsgesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH: Armin Schenk CDU-Grüne-IFW Dr. Wolfgang Baronius dto. Marko Roye DIE LINKE. Horst Tischer WLS-FWH-FWG-SPD</p> <p>Bitterfelder Qualifizierungs- und Projektierungsgesellschaft mbH i.L.: Jens Tetzlaff CDU-Grüne-IFW</p>	

	<p>ZV „TechnologiePark Mitteldeutschland“: Jens Tetzlaff CDU-Grüne-IFW</p> <p>AZV Abwasserzweckverband Westliche Mulde: Jens Tetzlaff CDU-Grüne-IFW Joachim Schunke WLS-FWH-FWG-SPD <i>neu per 22.7.ergänzt</i></p> <p>ZV „Goitzsche“ Christian Qulilitzsch CDU-Grüne-IFW Uwe Kröber dto. (Stellvertreter) Dr. Joachim Gülland DIE LINKE. Christa Blath dto. (Stellvertreterin) Hans-Jürgen Präbler WLS-FWH-FWG-SPD Uwe Denkewitz dto. (Stellvertreter)</p> <p>Meldungen für die Aufsichtsratsbesetzung der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH und der Stadtentwicklungsgesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH (<i>Losentscheid oder Einigung</i>) werden nachgereicht.</p> <p><i>Die OB bemerkt, dass bis zur nächsten Stadtratsitzung die entsprechenden Beschlüsse vorbereitet werden.</i></p>	
<p>zu 17</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende teilt mit, dass die erste ordentliche Stadtratsitzung am 03.09.2014, 18:00 Uhr, stattfinden wird; Ende der Einreichungsfrist ist der 19.08.14.</p> <p>Stadtrat Dr. Rauball teilt mit, dass er gemeinsam mit seiner Frau einen Antrag eingereicht hat, den Ratssaal solange nicht mehr zu nutzen, bis eine akzeptable Akustik vorhanden ist, damit sowohl die Stadträte als auch die Zuschauer das Geschehen besser verfolgen können. Er wurde von der Stadtratsvorsitzenden gebeten, einen Beschlussantrag der Fraktion einzureichen. Man wird dies kurzfristig tun, damit rechtzeitig die Einladung mit einem anderen Tagungsort - es wird der Saal 063 im Städtischen Kulturhaus vorgeschlagen - stattfinden kann, wo die Akustik ausgezeichnet und die notwendige Technik vorhanden ist.</p> <p>Die OB bemerkt, dass sie den Antrag gut findet, weil tatsächlich die Ausstattung im Städtischen Kulturhaus vorhanden ist. Sie weist darauf hin, dass dazu ein Beschlussantrag eingereicht werden muss, da es einen Beschluss des Stadtrates gibt, dass der Sitzungssaal hier im Hause zu nutzen ist. Daher könnte erst der übernächste Stadtrat in Frage kommen, wenn der Beschluss gefasst wird.</p> <p>Stadtrat Kröber geht auf eine Bürgeranfrage ein, die er an die Verwaltung bzw. den zuständigen Ausschuss weitergeben wird, bei dem es um die Problematik Sondernutzungssatzung geht. Der betreffende Bürger stellte ein Gerüst auf und bekam in diesem Zusammenhang keine Auskunft darüber, weshalb er für die Sondernutzung sowohl an die Stadt als auch an den</p>	

Landkreis Gebühren zahlen soll. Eine Rechnung liege ihm vor.

Die **OB** bittet Herrn Kröber, ihr den Vorgang mit Namen und Adresse des Bürgers zukommen zu lassen, um ihm antworten zu können. Selbstverständlich wird die Antwort an den Bürger der heutigen Niederschrift beigelegt.

Die **OB** gibt an dieser Stelle folgende Hinweise:

Sie bezieht sich auf den Beschluss 128-2013, der die HH-Konsolidierung zum Inhalt hat und mit dem Auftrag verbunden war, dass die Verwaltung mit dem Landkreis Nutzungsvereinbarungen für Sportstätten, in denen Schulsport stattfindet, erarbeiten soll. Dies betrifft die Sportstätte Am Sportpark Süd, hier speziell das Fritz-Heinrich-Stadion und die Brauerei-Turnhalle, die von der Helene-Lange-Schule im OT Bitterfeld genutzt wird. Die Nutzungsvereinbarungen liegen jetzt vor. In dem Beschluss ist auch enthalten, dass das Ergebnis dem Stadtrat vorzulegen ist. Sie wird dann für die Stadtratssitzung am 03.09.14 einen entsprechenden Beschlussantrag vorlegen.

Ein weiterer Punkt in der Haushaltskonsolidierung ist der Verkauf des Rathauses im OT Greppin im Rahmen des Abbaus der Doppelstrukturen. Die Wohngeldstelle wird jetzt in das Rathaus in Bitterfeld einziehen. Die dortige Meldestelle wird in das Rathaus Wolfen umziehen. An der Zusammenführung der Friedhofsverwaltungen wird noch gearbeitet. Ziel ist es, bis Ende des Jahres eine entsprechende Entscheidung zu treffen.

Stadtrat Schenk teilt mit, dass im OT Thalheim das Sommerfest gefeiert wird und er an dieser Stelle eine herzliche Einladung an die Stadträte richtet.

Er informiert in dem Zusammenhang, dass Herr K. Baumann, Mitglied des Thalheimer Heimatvereins beauftragt wurde, eine Übersicht über die für 2015 geplanten städtischen Veranstaltungen zu besorgen, was ihm von der Verwaltung auch bis zum 11.07.14 zugesagt wurde, jedoch leider nicht klappte.

Die **OB** lässt diesen Sachverhalt prüfen; eine Antwort wird umgehend zugesagt.

(Anm.: Im Nachhinein stellte sich heraus, dass Herrn Baumann doch entsprechende Informationen per Mail am 11.07.14 am späten Nachmittag von der Verwaltung zugearbeitet wurden. Er konnte die Mail allerdings erst am darauffolgenden Tag lesen. Stadtrat Schenk entschuldigt sich in seiner Mail bei der Verwaltung für die vorgebrachte Kritik zur Stadtratssitzung.)

Stadtrat Gatter spricht an, dass es lt. Aussage in der MZ ein Jugendlager in Polen geben soll, wo noch Teilnehmer gesucht werden. Er fragt, wann und wo über den Sachverhalt informiert wurde und ob auch versucht wurde, Vereine einzubeziehen.

Die **OB** bemerkt, dass darüber in fast jeder Pressekonferenz gesprochen wurde. Die Koordinatorin für Interkommunale Zusammenarbeit, Frau Niczko, ist ebenfalls mit der Angelegenheit beauftragt. Sie war dazu u.a. auch in Schulen unterwegs. Über das Thema wird seit über ½ Jahr gesprochen, dass Jugendliche für das Jugendlager in Polen gesucht werden. Bisher gibt es lediglich ein Mädchen, das sich dafür beworben hat; es müssten mind. 4 Jugendliche sein. Es bleibt zu hoffen, dass sich nach dem letzten Aufruf in der MZ noch Jugendliche melden.

Stadtrat Herder fragt nach dem Stand der Haushaltsbestätigung durch die Kommunalaufsicht. Des Weiteren erkundigt er sich nach dem Vorbereitungsstand bzgl. des Feuerwehrgerätehauses in Reuden, wo der Stadtrat den Sperrvermerk im Haushalt mehrheitlich aufgehoben hatte. Er möchte wissen, ob schon Klarheit über den Bau besteht. Außerdem bemerkt er, dass mit Beginn des nächsten Schuljahres die freie Grundschule in der Windmühlenstraße im OT Wolfen in Betrieb gehen soll und fragt, ob diesbezüglich Genaueres über Schülerzahlen bekannt ist und inwieweit dies Auswirkungen auf den Einzugsbereich dieser Schüler auf die städtischen Grundschulen habe.

Einen weiteren Punkt, den Stadtrat Herder anspricht, sind die längeren Betreuungszeiten in den Kitas über 10 Stunden hinaus. Er möchte wissen, welche Kitas diese längeren Betreuungszeiten den Eltern anbieten. Wieviele Eltern nehmen dieses Angebot bereits in Anspruch?

Die **OB** teilt mit, dass von Seiten der Kommunalaufsicht noch keine Information zum Haushalt vorliegt.

Sobald dies der Fall ist, wird der Stadtrat umgehend informiert.

Zum Feuerwehrgerätehaus ist man in der Vorbereitung. Solange es jedoch keine Bestätigung zum Haushalt gibt, könne man nicht agieren. Die Angelegenheit wird dann Thema im Bau- und Vergabeausschuss sein.

Herr Teichmann, GBL Haupt- und Sozialverwaltung, informiert, dass für die freie Schule genügend Schüler angemeldet sind, so dass diese tatsächlich mit einer Klasse starten könne. Es kommen aus keinem Einzugsbereich so viele Schüler, dass Schulstandorte gefährdet sind. Zahlenmäßig kommen aus jetziger Sicht aus der E.-Weinert-Schule 9 Schüler; es bleiben aber trotzdem mindestens 2 Klassen für die erste Klasse übrig. Hinsichtlich der Kindereinrichtungen hat sich ein Träger, die Lebenshilfe, geäußert, die auf jeden Fall die verlängerten Betreuungszeiten anbietet. Für die kommunalen Einrichtungen liegt kein Antrag vor.

Stadtrat Rohde spricht die Nutzungsvereinbarung für Sportstätten, insbesondere für das Fritz-Heinrich-Stadion / Am Sportpark Süd und die Brauereiturnhalle im OT Bitterfeld an. Über das Thema wurde auch im Ortschaftsrat Bitterfeld gesprochen. Er bittet darum, dass die Stadträte, nachdem die Nutzungsvereinbarung unterschrieben worden ist, involviert werden und fragt, inwieweit die Vereine einbezogen sind. Hinsichtlich der von Stadtrat Schenk angesprochenen Veranstaltungstermine der Stadt bittet er, dass die Stadträte generell rechtzeitig darüber informiert werden.

Die **OB** bemerkt, dass sie die Stadträte selbstverständlich vor Unterzeichnung über die Nutzungsvereinbarung in Kenntnis setzt. Mit den Vereinen wurde noch nicht gesprochen, weil es gesetzlich (gem. Sportstättenverordnung) geregelt ist, dass jeglicher Vereinssport, der in der jeweiligen Sportstätte stattfindet, auch weiter durchgeführt werden muss. Für die Vereine würde sich nichts ändern.

Stadtrat Roi spricht an, dass im Bitterfeld-Wolfener Amtsblatt und auf der Internetseite zu Jahresbeginn eine Stelle im Bereich Stadtentwicklung/Stadtplanung ausgeschrieben war. Er hinterfragt, ob es korrekt sei, dass die Stellenausschreibung gestrichen wurde.

Die **OB** bestätigt, dass die Stelle gecancelt wurde. Es war der Wunsch der Stadträte in der Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“, dass die Stelle

	<p>nicht besetzt wird, worauf Herr Roi darauf hinweist, dass er mind. 3 Leute kenne, die sich dafür beworben hatten. Es ist ein negatives Bild über die Stadt entstanden, da Bewerber zunächst eine feste Zusage für ein Gespräch erhielten und es plötzlich hieß, dass die Stelle nicht mehr vorhanden wäre.</p> <p>Stadträtin Rauball verweist auf den jüngsten MZ-Artikel – „Neuer Stadtrat kritisiert die Verwaltung“. Etwa die Hälfte der neuen Mitglieder haben keinerlei Erfahrungen über die Arbeit im Stadtrat. Sie widerspricht der im Artikel zitierten Aussage, dass sich der Leiter des Büros OB, lt. Presseartikel, gegen die Kritik der fehlenden Ansprechpartner für die neuen Stadträte wehrt und auf ein Schreiben vom 28.05.14 verweist. In dem besagten Schreiben ging es darum, dass das digitale Informationssystem Mandatos vorbereitet wird. Es enthielt jedoch keine Informationen darüber, wenn ein neuer Stadtrat Informationen benötigt, an wen er sich wenden könne. Sie bittet darum, dass dies zukünftig berücksichtigt wird. Außerdem kritisiert sie, dass vom Stadtwahlleiter Schreiben an die neu gewählten Stadträte verschickt wurden, worin die angegebenen Termine ihrer Meinung nach nicht korrekt waren. Die Schreiben sind zum Teil vom 02.06.14 verfasst, am 04.06. versendet und waren am 05.06.14 im Briefkasten. Bereits am 10.06.14 sollte die Information an die Stadt zurückgesandt werden, dass man die Wahl annimmt. Im Kommunalwahlgesetz § 43 ist verankert, dass 7 Tage für die Beantwortung zur Verfügung stehen.</p> <p>Weiterhin spricht sie an, dass an die Stadträte Unterlagen gesandt wurden, die weder einen Absender noch eine Unterschrift enthielten und möchte wissen, wer dafür verantwortlich zeichnet.</p> <p>Im Übrigen moniert sie, dass weder die Oberbürgermeisterin noch ein von ihr benannter Vertreter der Stadt bei den konstituierenden Sitzungen der Ortschaftsräte anwesend waren.</p>	
<p>zu 18</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Herr W. Schmidt, Verein Florian Reuden e.V., spricht seine Glückwünsche an die neu gewählten Stadträte aus. Er spricht sodann das diesjährige Tiergehegefest in Reuden an. Mit Übernahme des Tiergeheges durch den Bürgerverein Pro Wolfen e.V. wurde der Verein Florian Reuden e.V. gebeten, diese Veranstaltung durchzuführen, was auch nach Vertragsabschluss mit dem Bürgerverein im vergangenen Jahr erfolgte. Für dieses Jahr habe man sich ebenfalls beworben; entsprechende Brauchtumsmittel wurden durch den Ortschaftsrat Wolfen genehmigt. Nachdem man sich am 20.03.14 schriftlich an den Bürgerverein mit der Bitte um die vertragliche Ausgestaltung der Konditionen zur Nutzung des Tiergehege-Geländes gewandt hatte, hat man bis heute noch keine schriftliche Antwort dazu erhalten. Da das Fest in 4 Wochen stattfinden soll, bestehe nunmehr absolute Planungsunsicherheit und ein wirtschaftliches Risiko. Er fragt daher die OB bzw. die Stadträte, ob man zu der Veranstaltung in Reuden am Tiergehege stehe bzw. ob es irgendwelche Einwände gibt, dass der Verein Florian Reuden e.V. die Veranstaltung an dieser Stelle durchführt.</p> <p>Die OB bemerkt, dass die Verwaltung nichts dagegen hat, dass das Tiergehegefest auf der Fläche des Tiergeheges stattfindet. Dies wurde auch dem Ortsbürgermeister von Wolfen und dem Vorsitzenden des Bürgervereins Pro Wolfen e.V. ungefragt mitgeteilt.</p> <p>Herr Schmidt fragt nach, wie sich der Stadtrat dazu positioniert. Außerdem</p>	

bemerkt er, dass die Brauchtumsmittel für das Tiergehegefest genehmigt wurden. Er möchte wissen, wenn der Verein Florian Reuden e.V. keine Genehmigung für die Nutzung der Fläche am Tiergehege erhält und diese Veranstaltung an einem anderen Ort durchführen muss, ob dies eine missbräuchliche Verwendung der Brauchtumsmittel wäre.

Die **OB** äußert, wenn der Verein die Mittel für das Fest vom Ortschaftsrat zugesagt bekam, es aber auf dem Gelände des Tiergeheges nicht durchführen könne, müsste ein Antrag an den Ortschaftsrat mit der Bitte gestellt werden, dass die Mittel umgewidmet werden. Verwaltungsseitig würde auch hier nichts entgegenstehen, worauf **Herr Schmidt** noch einmal auf die knapp bemessene Zeit bis zum Tiergehegefest hinweist und die nächste Ortschaftsratssitzung in Wolfen nicht mehr zwischenzeitlich stattfinden wird. Er bittet daher, eine möglichst zuverlässige Aussage an den Verein zu geben, ob die Mittel auch anderweitig verwendet werden dürfen. Sollte dies nicht erfolgen, wäre das Risiko für den Verein zu hoch, das Fest durchzuführen. Die **Stadtratsvorsitzende** weist noch einmal darauf hin, dass der Stadtrat dies nicht klären könne, sondern der Ortschaftsrat für die Umwidmung der Mittel zuständig ist. Eventuell gibt es die Möglichkeit, im Anschluss an die Stadtratssitzung, mit dem neu gewählten Ortsbürgermeister der Ortschaft Wolfen darüber zu reden und mit ihm evtl. zu klären, inwieweit das auch im Nachhinein durch den Ortschaftsrat oder über eine Sondersitzung geregelt werden kann.

Herr Keil, Wolfen-Nord, Fritz-Weineck-Straße 09 geht auf das Thema Entwicklung in Wolfen-Nord ein. Er verweist auf einen im März 2014 erschienenen Artikel im Bitterfelder Spatz unter dem Tenor, ob Wolfen-Nord ein Auslaufmodell ist. In dem Artikel kam auch zum Ausdruck, dass das Stadtentwicklungskonzept für Bitterfeld-Wolfen 2025 verwirklicht werden soll. Nach dem Artikel könnten die Einwohner s.E. den Eindruck gewinnen, dass der Bereich Stadtentwicklung oder die Stadtentwicklungsgesellschaft nicht mehr viel auf die Entwicklung von Wolfen-Nord bauen und die Einwohner nicht mehr viele Chancen haben. Aus dem Artikel gehe für ihn nicht hervor, was der Bereich Stadtentwicklung der Verwaltung und die Stadtentwicklungsgesellschaft eigentlich planen, wie Wolfen-Nord in Zukunft attraktiv gestaltet werden soll. Für ihn steht die Frage, was die Stadt tatsächlich plant, um Wolfen-Nord so attraktiv zu gestalten, dass Bürger wieder hierher ziehen.

Ist es tatsächlich der Fall, dass das Konzept erst bis zum Jahre 2025 verwirklicht werden soll?

Er stellt außerdem an die OB die Frage, ob sie von Stadträten bereits Hinweise bekommen hat, wie man in Wolfen-Nord etwas gestalten kann, damit der Stadtteil eine Zukunft bekommt.

Die **OB** gibt Herrn Keil Recht, dass die Entscheidung über das Stadtentwicklungskonzept noch läuft. Der Stadtrat wird dann über das Stadtentwicklungskonzept entscheiden. Man hat in Wolfen-Nord damit begonnen, über das STEK zu diskutieren. Die Stadträte und die Bürger sind immer mit eingebunden. Es wurde auch mit den Ortschaften und den Vereinen gesprochen. Derzeit werden die Firmen mit einbezogen. Jeder soll sich an dem Prozess beteiligen. Man möchte dann ein STEK vorliegen haben, das auch zukunftsfähig ist. Es wird nicht erst 2025 verabschiedet, sondern am Jahresende und soll bis zum Jahre 2025 gelten.

zu 19	Schließung des öffentlichen Teils Die Stadtratsvorsitzende schließt um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung; die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.	
--------------	--	--

gez. Dagmar Zoschke
Vorsitzende des Stadtrates

gez. Ilona Bütow
Protokollantin